

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

4. Februar 2015

CDU-Juristen fordern Zentralstelle für Internetkriminalität

Das am 27. August 2014 veröffentlichte „Lagebild Cybercrime“ des Bundeskriminalamtes (BKA) beschreibt einen deutlichen Anstieg bei der Computer-Sabotage und der Erpressung von Internetnutzern. Auch Kinderpornographie und Werbung für den „Dschihad“ sind im Internet weit verbreitet. Das Internet darf kein strafverfolgungsfreier Raum bleiben. Daher brauchen die Strafverfolgungsbehörden geeignete rechtliche Grundlagen und zeitgemäße Instrumente, um den Cyberkriminellen wirksam entgegenzutreten, so der frühere BKA-Präsident Jörg Ziercke.

In Hessen gibt es bereits seit 2010 eine Zentralstelle zur Bekämpfung von Internetkriminalität. Nun hat Bayern nachgezogen. Am 1. Januar hat in Bamberg die für ganz Bayern zuständige „Zentralstelle Cybercrime“ bei der dortigen Generalstaatsanwaltschaft ihre Arbeit aufgenommen. Hierdurch soll technisches und juristisches Fachwissen gebündelt werden. Darüber hinaus dient die Zentralstelle als Ansprechpartner für alle Fragen zum Thema Cybercrime und der Bekämpfung von Internetkriminalität. Schließlich soll so der Austausch mit der Polizei und anderen Bundesländern gefördert werden.

Der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen Baden-Württemberg (LACDJ) fordert Justizminister Stichelberger auf, auch in Baden-Württemberg eine Zentrale zur Bekämpfung der Internetkriminalität zu schaffen.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.